

Wolfgang Reeder

Interkommunale Kooperation

Notwendigkeiten und Möglichkeiten

reeter.praxis:kommunal
Ausgabe 03.2008, Neuausgabe 2010

Ansätze Interkommunaler Zusammenarbeit

- 1.0 Kommunale Autonomie erhalten
 - 1.1 Demographischer Wandel
 - 1.2 Größen-Effekte, Externe Effekte
 - 1.3 Economies of Cooperation
- 2.0 Leistungen sichern - Kosten senken
 - 2.1 Beschaffung und Verwaltung
 - 2.2 Kapazitäts-Auslastung
 - 2.3 Spezialisierung und Qualifizierung
- 3.0 Potentiale erschließen
 - 3.1 Programm Konzept-Tourismus
 - 3.2 Programm Innovations-Raum
 - 3.3 Programm Bildungs-Region
- 4.0 Vorgabe oder Selbstbestimmung ?
 - 4.1 Verordnete Kooperation
 - 4.2 Selbst-Organisation
 - 4.3 Geförderte Kooperation
- 5.0 Kooperations-Klima schaffen
 - 5.1 Grundsatz-Entscheidungen treffen
 - 5.2 Vereinbarungen abschließen
 - 5.3 Gremien einrichten
- 6.0 Die Initiative ergreifen
 - 6.1 Der vorparlamentarische Raum
 - 6.2 Leistung - Gegenleistung
 - 6.3 Ein Fragen-Katalog

- *A-Stadt*
baut ein Einzelhandels-Zentrum
gegen den Willen der Nachbarkommune B-Stadt
an die Ortsgrenze.
Einige Zeit später:
A-Stadt
erstickt am Durchgangsverkehr
von und nach B-Stadt,
brauchte eine einvernehmliche Verkehrs-Lösung.
- *C-Stadt*
wirbt mit niedrigen Grundstückspreisen
in ihrem Gewerbegebiet
Betriebe aus der Nachbarkommune D-Stadt ab.
Einige Zeit später:
D-Stadt
wird als Kompetenz-Zentrum Mechatronik ausgebaut.
C-Stadt würde gerne
in die Entwicklung einbezogen werden.
- *E-Stadt*
schließt eine Klasse der Grundschule,
die auch von vielen Kindern
aus F-Stadt besucht wird.
Einige Zeit später:
F-Stadt
schliesst aus Geldmangel ein Sportzentrum,
das auch von vielen Jugendlichen aus E-Stadt
intensiv genutzt wird.

Drei Situationen, wie sie so oder ähnlich immer wieder in unserem Land vorgekommen sind, auch heute noch vorkommen. Drei Situationen, die letztlich beiden betroffenen Kommunen, den Kommunalpolitikern beider Kommunen, vor allem: den Bürgern beider Kommunen schaden. Drei Situationen, die zeigen, wie wichtig es ist, dass Kommunen kooperieren, enger zusammenarbeiten, als sie es oft bisher getan haben.

1.0 Kommunal-Autonomie erhalten

1.1 Demographischer Wandel

Begriff und Sachverhalt 'Demographischer Wandel' sind allgegenwärtig. Drei grundlegende Tendenzen sind damit verbunden:

(a) Wir werden weniger.

(b) Wir werden älter.

Die dritte Tendenz ist bisher nicht gleichermaßen ins öffentliche Bewusstsein gelangt:

(c) Es kommt deutlich verstärkt zu räumlicher Konzentration. In städtischen Räumen wächst die Bevölkerung eher noch, in ländlichen Räumen sinkt sie - in manchen Gegenden rapide.

1.2 Negative Größen-Effekte

Diese Entwicklung macht einen ökonomischen Sachverhalt drängend, den das frühere kameralistische Rechnungswesen der Kommunen überdeckt hat: das Problem der Stückkosten, das Problem von fixen und variablen Kosten. Sinkende Bevölkerung bedeutet negative Größen-Effekte - für die kommunale Verwaltung, für die kommunale Infrastruktur.

1.3 Economies of Cooperation

Die Praxis von Kooperationsformen im Unternehmensbereich zeigt uns, dass wir mit Kooperationen nicht nur Kosten senken, sondern auch Potenziale erschließen können (W.Reeder: Mittelständische Netzwerke - Zukunftssicherung für Standorte. 2005). Formen kommunaler Kooperation müssen wir also daraufhin prüfen, wieweit sie es uns ermöglichen,

(a) Kosten zu senken und

(b) Potenziale zu erschließen, um kommunale Autonomie dauerhaft zu sichern.

2.0 Leistungen sichern - Kosten senken

2.1 Beschaffung und Verwaltung

Die Reaktion auf die Krise der öffentlichen Haushalte gründet i.d.R. auf zwei Ansätzen: (a) Leistungen zu verringern und (b) Gebühren zu erhöhen. Von ökonomischen Grundsätzen ausgehend (W.Reeder: Ökonomisches Denken als Grundlage politischen Handelns. 1982) lautet unser Auftrag dagegen: Leistungen sichern, Kosten senken. Diesem Auftrag entsprechen vier Strategien. [*Übersicht I: Konsolidierung von Kommunal-Finanzen*] Eine dieser Strategien ist die interkommunale Zusammenarbeit. Hier können wir Größenvorteile durch Kooperationen in Verwaltung und Beschaffung am schnellsten realisieren. Die Praxis von Kooperations-Projekten zeigt, welche Prioritäten von der Kommunalpolitik vor Ort gesetzt werden. [*Übersicht II: Handlungsfelder Kosten-Senkung, Leistungs-Sicherung*] Daraus können wir Hinweise ableiten, in welchen Handlungsfeldern Kooperationsprojekte am schnellsten durchsetzbar sind.

Zu bedenken ist allerdings, dass bei gemeinsamer Beschaffung und Projektierung schnell die Schwellenwerte für die Pflicht zu Europa-weiter Ausschreibung erreicht werden. [*Übersicht III: Schwellenwerte Europa-weiter Ausschreibung*] Um jeden Preis unter diesen Schwellenwerten zu bleiben, darf allerdings nicht Absicht kommunaler Vergabe sein. Wir müssen vielmehr die Leistungs-Beschreibungen so präzisieren, dass nicht das billigste, sondern das wirtschaftlichste Angebot zum Zuge kommt. Dabei ist die Erreichbarkeit des Leistungs-Anbieters ein wesentliches Kriterium von Wirtschaftlichkeit. Gerade in Hinsicht auf Ausschreibungs-Pflichten können wir mit interkommunaler Kooperation erheblich zur Leistungssteigerung kommunaler Verwaltung beitragen.

2.2 Kapazitäts-Auslastung

In Regionen mit sinkender Bevölkerung wird die Auslastung von Infrastruktur-Einrichtungen zunehmend zum Problem. Auf lange Sicht wird die Nachfrage nach Einrichtungen der Jugend-Arbeit sinken, die Nachfrage nach Einrichtungen der Senioren-Arbeit steigen. Zunächst ergeben sich allerdings auch innerhalb von Generationen-Gruppen erhebliche Verschiebungen. Die Nachfrage nach Kinderbetreuungs-Einrichtungen steigt gegenwärtig stark an, während die Schülerzahlen in den meisten Schulen bereits deutlich sinken. Drängende Aufgabe der Kommunen ist es, ihre Infrastruktur-Einrichtungen, auch die bestehenden neu zu planen. Dauerhaft werden wir Einrichtungen in vielen Regionen nur erhalten können, wenn sie (a) von mehreren Kommunen gemeinsam genutzt und (b) für unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten gestaltet werden.

Einrichtungen der beruflichen Bildung werden in Zukunft weniger beansprucht von Jugendlichen. Andererseits steigt der Bedarf Älterer an Anpassungs- und Fortbildungs-Angeboten angesichts der Notwendigkeit, (a) die Lebens-Arbeitszeiten zu verlängern, (b) die Potenziale erwerbsfähiger, aber oft nicht erwerbstätiger Menschen auszuschöpfen.

2.3 Spezialisierung und Arbeitsteilung

Gemeinsame Nutzung von Infrastruktur-Einrichtungen bedeutet, auch wenn es zunächst nicht eben Wahl-fördernd scheint, Einrichtungen aufzugeben. Daraus kann schnell eine Abwanderungs-Spirale entstehen. Diese Spirale wird sich allerdings um so schneller drehen, je länger wir Anpassungen hinausschieben, die auf Dauer unvermeidbar sind. Dieser Spirale können wir entgegenwirken, wenn wir unseren Bürgern erklären können, dass

ihnen das Gesamtangebot öffentlicher Einrichtungen weiterhin zur Verfügung steht, eben auf regionaler Ebene aufgrund interkommunaler Zusammenarbeit.

Ein breites Angebot von Einrichtungen in der Region erhalten zu können, hat eine entscheidende Voraussetzung: Erhaltung und Gestaltung von Verkehrs-Systemen. Tendenzen, sowohl das Schienennetz (durch Strecken-Stilllegung und Linien-Aufgabe) als auch das Straßennetz (durch mangelhafte Reparaturen) auszudünnen, sind wirksam und werden in Zukunft deutlich zunehmen. Mag es in vielen Kommunen - aus vermeintlichem Bestandsschutz-Interesse heraus - Vorbehalte gegen interkommunale Zusammenarbeit geben - Kooperations-Verweigerungen oder auch nur -Verzögerungen können auf die Dauer bedeuten, dass die eigene Kommune regelrecht abgeschnitten wird. Gemeinsame Interessenvertretung in der Verkehrspolitik ist dringende Aufgabe interkommunaler Kooperation.

3.0 Potenziale erschließen

3.1 Programm Bildungs-Region

Kosten zu senken und Leistungen zu erhalten - das ist der erste Ansatz interkommunaler Kooperation. Potenziale zu erschließen ist der zweite Ansatz. Die Dimension zusätzlicher Potenziale ist schon mit Nutzungs-Möglichkeiten z.B. von Einrichtungen beruflicher Bildung angesprochen. Für die Attraktivität einer Kommune sowohl als Betriebs- als auch als Wohn-Stätte sind Bildungs- und Qualifizierungs-Angebote wesentlich. Ein umfassendes Angebot mit individueller Förderung, beruflicher Grund- und Fortbildung, Verknüpfung von Elementar- und Grundschul-Erziehung, von Sekundar- und Hochschulwesen, von beruflicher und Erwachsenenbildung, von Integrations- und An-

passungs-Maßnahmen, von schulischen und außerschulischen, öffentlichen und privaten Angeboten, ist entscheidend für Standort-Stabilisierung und Standort-Entwicklung, liegt aber weit jenseits der Leistungsfähigkeit einzelner Kommunen. Der Programmauftrag für interkommunale Kooperation lautet 'Bildungs-Region'.

3.2 Programm Innovations-Raum

Selbst Klein- und Mittel-Unternehmen orientieren sich nur noch bei Steuer-Hebesätzen an kommunalen Grenzen. Bei Standort-Entscheidungen und im operativen Bereich orientieren sie sich mehr und mehr global, kontinental, national, mindestens aber regional. Wesentliche Kriterien für Standort-Entscheidungen sind (a) Verkehrs-Anbindung, (b) Verfügbarkeit qualifizierten Personals, (c) Erreichbarkeit weiterer Qualifizierungs-Möglichkeiten, (d) Bezugs- und Liefer-Beziehungen, (e) Wohn- und Freizeit-Wert, (f) Verwaltungs-Effizienz u.a. Alle genannten Kriterien können Kommunen allein längst nicht mehr quantitativ und qualitativ hinreichend realisieren. Schon traditionelle Flächen-bezogene Wirtschaftsförderung ist auf der Ebene einzelner Kommunen kaum noch wirkungsvoll zu organisieren. [Übersicht IV: Kooperations-Aufgaben traditioneller: Flächen-bezogener Wirtschaftsförderung]. Das gilt um so mehr für Unternehmens-Ansprüche an Standorte, die über die bloße Bereitstellung von Gewerbeflächen hinausgehen [Übersicht V: Kooperations-Aufgaben innovativer: Standort-bezogener Wirtschaftsförderung], für Ansprüche, die ein Programm 'Innovations-Raum' erfordern.

Besonders ausgeprägt ist kommunale Konkurrenz bei Einzelhandels-Standorten. Diese Rivalität scheint in den meisten Fällen nicht durch Kooperation eingrenzbar zu sein, sondern nur durch administrative Vorgaben und Eingriffe höherer Verwaltungsebenen. Allerdings sind gegenseitige Abhängigkeiten zu be-

denken, wie sie hier in Hinsicht auf Verkehrs-, Bildungs-, Gewerbe-Infrastruktur angesprochen sind. Dann ist zu überlegen, ob die Durchsetzung von Einzelhandels-Objekten im Konflikt mit Nachbar-Kommunen tatsächlich dem wohlverstandenen langfristigen Eigeninteresse der Standort-Kommune entsprechen. Im Zusammenhang eines umfassenden Wirtschaftsförderungs-Konzeptes können wir Win-Win-Situationen erwarten, wenn sich benachbarte Kommunen auf ein Regionales Einzelhandels-Konzept verständigen [*Übersicht VI: Regionales Einzelhandels-Konzept: Arbeitsschritte*].

3.3 Programm Konzept-Tourismus

Die räumlichen Veränderungen, die sich im Zuge der demographischen Entwicklung längst vollziehen, können auch wirtschaftliche Chancen eröffnen. Chancen bietet der Tourismus. Dort sind mehr und mehr Angebote im eigenen Land und differenzierte Angebote gefragt. Differenzierte Nachfrage bezieht sich nicht mehr vorrangig auf Orte, sondern auf Regionen. Solcher Nachfrage werden einzelne Kommunen kaum noch gerecht; dafür müssen Angebote koordiniert und gebündelt werden. Gäste-Erwartungen richten sich auf Verbindungen von Erholungs- und Erlebnis-Effekten touristischer Angebote. Diesen Erwartungen entsprechen Programme eines 'Konzept-Tourismus' [*Übersicht VII: Kooperations-Feld Konzept-Tourismus*].

4.0 Vorgabe oder Selbstbestimmung ?

4.1 Verordnete Kooperation

Interkommunale Kooperation bedeutet in der Wahrnehmung vieler Kommunalpolitiker Einbußen an Bürgernähe und Entschei-

dungs-Kompetenz. Das kann allerdings eine eher formelle, eine quantitative Sichtweise sein. Die tatsächlichen Bedrohungen kommunaler Autonomie gehen von der Bevölkerungs-Entwicklung und von der Entwicklung der öffentlichen Finanzen, genauer: der öffentlichen Verschuldung aus. Die wesentlichen Verluste an Bürgernähe werden verursacht durch die stetige Einschränkung öffentlicher Leistungen. Die wesentlichen Verluste an Entscheidungs-Kompetenz werden verursacht durch den Verlust an finanziellen Spielräumen. Interkommunale Kooperation eröffnet Chancen, Bürgernähe und kommunale Entscheidungs-Kompetenz zu sichern.

Gebiets- und Verwaltungsreformen stehen deshalb seit über vierzig Jahren immer wieder auf der politischen Tagesordnung von Landesregierungen. In der Mehrzahl der Fälle sind durch Gebietsreformen leistungsfähigere Kommunen entstanden. Allerdings sind die Verwaltungskosten je Bürger in den neu zugeschnittenen Kommunen in den ersten ein, zwei Jahrzehnten nicht etwa gesunken, sondern sogar gestiegen.

Versuche von Landesregierungen, interkommunale Kooperationen zu verordnen, zeigen durchweg zwiespältige Ergebnisse. In manchen Fällen sind zu große Einheiten entstanden, die den Bürgern der Region fern bleiben und mit ihrem organisatorischen Unterbau eher zusätzliche Mittel erfordern. Rechtlich verbindliche Kooperations-Formen provozieren oft erhebliche politische und gelegentlich sogar langwierige rechtliche Widerstände. Gegen das hessische Gesetz z.B. über den "Planungsverbund Rhein-Main" von 2002 klagten 25 der 75 betroffenen Gemeinden. Der Ressourcen-Verzehr durch den Widerstand gegen verordnete Kooperation kann deren Effizienz-Vorteile auf lange Sicht übersteigen.

4.2 Selbst-Organisation

Bereitschaft zu Veränderungen entwickeln Personen und Institutionen i.d.R. erst, wenn sich Leidensdruck aufgebaut hat. Bevölkerungsentwicklung und Finanzsituation machen Leidensdruck in den meisten Kommunen inzwischen allgegenwärtig. Auch den Entscheidungsträgern in Wachstums-Regionen kann die Entwicklung nicht gleichgültig sein. Zuzüge erhöhen den Druck auf Immobilienpreise und Mieten.

Die Bereitschaft zu interkommunaler Kooperation ist heute deutlich höher als noch vor einem Jahrzehnt. Das zeigt sich in einer wachsenden Zahl von Abstimmungsgremien, von Regional-Verbänden, Regionalen Entwicklungsagenturen, Struktur-Konferenzen, (Wirtschafts)Referenten/Dezernenten-Konferenzen. Das zeigt sich in einer wachsenden Zahl von Gemeinschafts-Institutionen, von Arbeitsgemeinschaften, Zweckverbänden, Anstalten, Zweckvereinbarungen.

4.3 Geförderte Kooperation

Wollen Bundesländer Widerstände vermeiden, so verordnen sie nicht, sondern fördern interkommunale Kooperation. Vorbild für den wirksamsten Weg dürfte das nordrhein-westfälische Konzept der "Regionale" sein. Hier werden befristet Kooperations-Projekte eines regionalen Strukturprogramms gefördert, mit denen Entwicklung, Vernetzung und Vermarktung Regions-spezifischer Potenziale geleistet werden. Die Projekte zeigen Chancen der Kooperation, demonstrieren praktische Umsetzbarkeit, fördern regionales Zusammengehörigkeitsgefühl der und in den beteiligten Kommunen. Ähnliches gilt für ILEK - Integrierte Ländliche Entwicklungs-Konzepte und - grenz-überschreitend - für Euregios.

5.0 Kooperationen initiieren

5.1 Grundsatz-Entscheidungen treffen

Dass interkommunale Kooperationen wichtig sind

- für den Bestand,
- für die Leistungsfähigkeit,
- für die Potenzial-Entwicklung

von Kommunen, wird auch unter Kommunalpolitikern selten jemand offen bestreiten. Wie so oft in der Politik sind sich die meisten im Grundsatz einig. Problematisch wird es im Detail, in der praktischen Umsetzung. Deshalb lautet unsere erste Aufgabe: ein Kooperations-Klima zu schaffen. Das geschieht am wirksamsten, wenn es uns gelingt, in den Kommunalparlamenten benachbarter Kommunen einen gleichlautenden Grundsatzbeschluss mit einem Bekenntnis zur Notwendigkeit von Kooperation zu fassen. Der Grundsatzbeschluss soll fünf Bestandteile enthalten:

- (a) das gemeinsame Bekenntnis zur Kooperation im Interesse von Kommunal-Autonomie, Leistungs-Sicherung und Potenzial-Entwicklung,
- (b) die Bestimmung von - zunächst möglichst weit definierten - Aufgaben-Feldern der Kooperation,
- (c) die Vereinbarung eines regelmäßigen Beratungs-Prozesses unter Beteiligung der Räte und von Vertretern des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens,
- (d) die Pflicht zu periodischer Berichterstattung über die Beratungen, über Fortschritte und Probleme, über praktische Folgerungen an Räte und Öffentlichkeit,
- (e) die Einladung zur Mitarbeit auch an solche Kommunen, die der Vereinbarung zunächst nicht beitreten wollen. [Übersicht VIII: Politik-Strategie Grundsatzbeschluss].

5.2 Kooperations-Chancen bestimmen

Interkommunale Zusammenarbeit in allen Politikfeldern zu erreichen ist illusorisch, würde als Vorstufe einer Fusion verstanden werden. Die auszuschliessen ist oft nicht sinnvoll. Sie aber als mögliches Ziel zu bezeichnen, würde nur Widerstände provozieren. Zu überprüfen ist,

(a) in welchen Aufgabenfeldern Möglichkeiten der Kostensenkung und der Potenzial-Erschließung sehr wahrscheinlich sind und schnell realisiert werden können,

(b) in welchen Aufgabenfeldern es bereits Kooperations-Erfahrungen der eigenen Kommune oder von vergleichbaren Kommunen in der Region gibt.

5.3 Fragen stellen

Solche Prüfungen anzustellen, kann allerdings die Kapazitäten normaler Ratsmitglieder, selbst mancher Ratsfraktionen schnell überfordern. Die vorrangige Aufgabe ehrenamtlicher Kommunalpolitiker kann nicht darin bestehen, für alle kommunalpolitischen Probleme detaillierte Lösungen auszuarbeiten. Sie besteht darin, an die Verwaltung systematisierte Fragen zu stellen und auf den Fragen zu beharren, wenn die Fragen nicht, nicht Umsetzungs-bezogen oder für den Normalbürger unverständlich beantwortet werden. Die Fragen beziehen sich auf Kooperationen in der Verwaltung, bei der Infrastruktur-Ausstattung, bei der Potenzial-Entwicklung. [Übersicht IX: Ein Fragen-Katalog].

Unternehmen, Betriebe, Organisationen, Bürger agieren weniger lokal als regional. Entsprechend gibt es im gesellschaftlichen, im wirtschaftlichen Raum eine Vielzahl von Kooperationen über die kommunalen Grenzen hinaus. An solche Kooperationen können Initiativen anknüpfen. [Übersicht X: Kooperations-Klima].

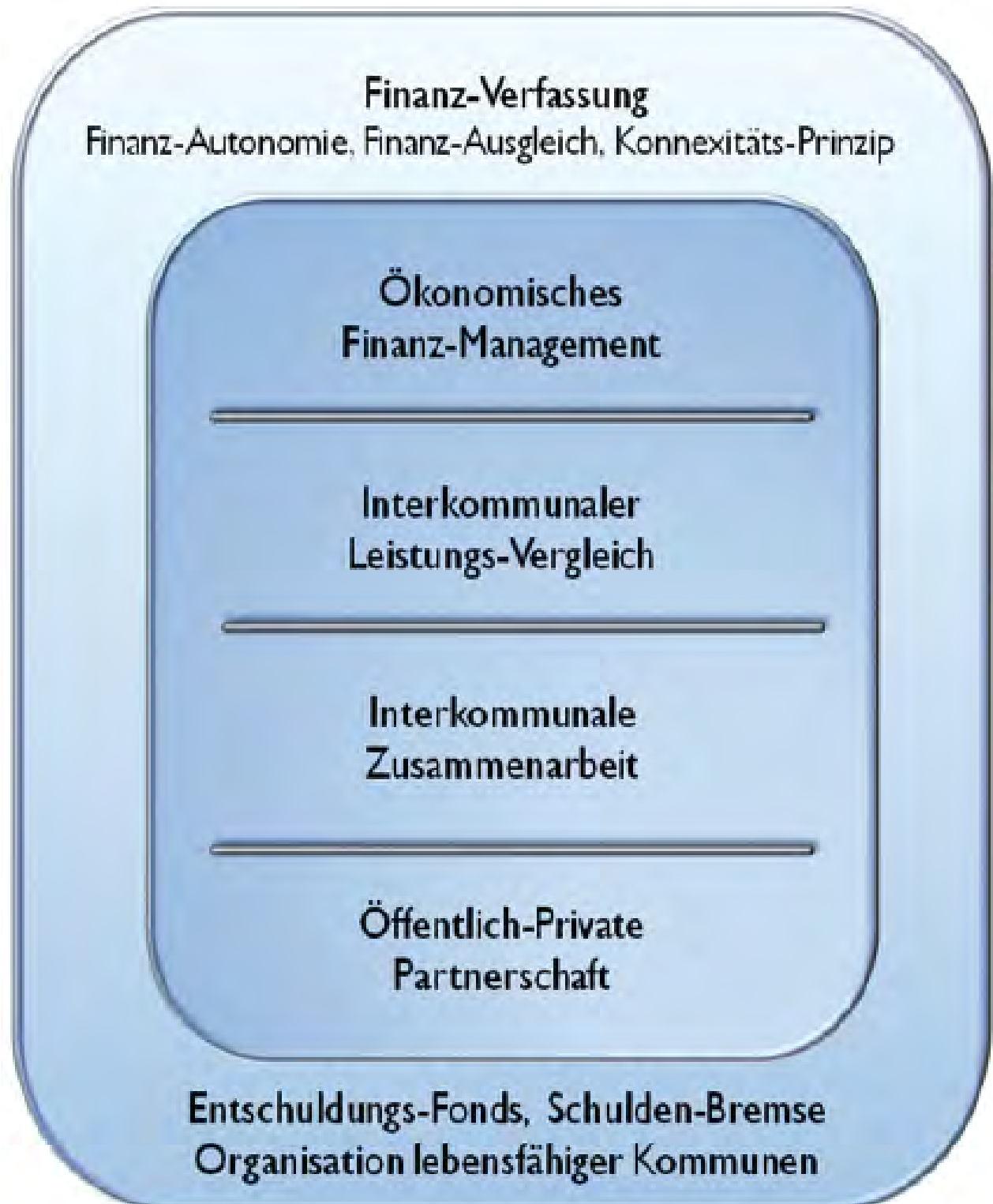
Das bedeutet für die Förderung interkommunaler Kooperation eine Doppelstrategie - sowohl in den Kommunalparlamenten als auch im vorparlamentarischen Raum. Die Erfahrung zeigt: Ein ausgewogenes Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz gehört zu den Bedingungen der Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit sozialer Systeme.

Interkommunale Zusammenarbeit

Übersicht-lich I – X

- I: Konsolidierung der Kommunal-Finanzen
- II: Handlungsfelder Kosten-Senkung, Leistungs-Sicherung
- III: Schwellenwerte Europa-weiter Ausschreibung
- IV: Flächen-bezogene Wirtschaftsförderung
- V: Standort-bezogene Wirtschaftsförderung
- VI: Regionales Einzelhandels-Konzept: Arbeitsschritte
- VII: Kooperations-Feld Konzept-Tourismus
- VIII: Politik-Strategie Grundsatzbeschluss
- IX: Kooperations-Ansätze – Fragen-Katalog
- X: Kooperations-Klima – Prüf-Aufgaben

Interkommunale Zusammenarbeit



Interkommunale Zusammenarbeit

Handlungsfelder: Kosten-Senkung, Leistungs-Sicherung Prioritäten-Liste Böblingen-Sindelfingen

- 1 Schule: Schulbetrieb, Beschaffung
- 2 Jugend: KiTa-Betrieb und Unterhaltung
- 3 Sport: Abstimmung von Veranstaltungen
Grünflächen: Regiebetrieb Öffentliches Grün
Sicherheit und Ordnung: Zentrale Bußgeld-Stelle
- 4 Stadt-Planung: Verkehrs-Planung
Hochbau: Betrieb und Unterhaltung von Parkhäusern
Feuerschutz: Ausbildung
- 5 Schulen: Schul-Sozialarbeit
Feuerschutz: Fahrzeuge und Geräte
- 6 Personal: Qualifizierung
- 7 Hochbau: Gebäude-Bewirtschaftung
Bibliothek: Abstimmung Angebote
Tiefbau: Altlasten-Sanierung
- 8 Organisation: Datenschutz-Angelegenheiten
Rechnungs-Prüfung: Einsatz von Spezialisten
Kasse: Vollstreckung
Zivil- und Katastrophen-Schutz: Veranstaltungen
- 9 Organisation: IT-Betrieb und Support
Museum/Galerie: Veranstaltungen
Organisation: Orga-Beratung
Organisation: Versicherungen
Wohnungswesen: Wohnungsbau-Förderung

Interkommunale Zusammenarbeit

Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen

Die EU-Kommission setzt aufgrund von Art.78 der Vergabekoordinierungs-Richtlinie und Art.69 der Sektoren-Richtlinie die Schwellenwerte für die Pflicht zur Europa-weiten Ausschreibung alle zwei Jahre neu fest in Hinsicht auf die veränderte Relation zwischen Euro und Dollar. Die Werte für 2010 und 2011 enthält "Verordnung (EG) Nr.1177/2009" vom 30.11.2009. EU-Verordnungen sind in den Mitgliedsländern rechtsverbindlich.(Netto-Beträge)

Bauleistungen

(VOB/A) **4.845.000 €**

Sonstige Leistungen (VOL/A)

- **Liefer- und Dienstleistungsaufträge
im Sektorenbereich (Trinkwasser,
Energieversorgung,Telekommunikation,Verkehr)** **387.000 €**
- **Liefer- und Dienstleistungsaufträge der
obersten und oberen Bundesbehörden** **125.000 €**
- **Sonstige Liefer- und Dienstleistungs-Aufträge** **93.000 €**

Interkommunale Zusammenarbeit



Interkommunale Zusammenarbeit

Kooperations-Aufgaben traditioneller: Flächen-bezogener Wirtschaftsförderung

Gemeinsame Vermarktung
von Gewerbe-Flächen (Regional-Marketing)

Erschließung Grenz-überschreitender
Gewerbe-Flächen

Erschließung von Gewerbe-Flächen
über andere Kommune/n (Verkehr, Ausgleich)

Gemeinsame Vermarktung
der Gewerbe-Flächen innerhalb der Kommunen

Gemeinsames
Gewerbeflächen-Management

Gemeinsame
Wirtschaftsförderungs-Politik

Interkommunale Zusammenarbeit

Kooperations-Aufgaben innovativer: Standort-bezogener Wirtschaftsförderung

Infrastruktur entwickeln -
Verkehr, Kommunikation, Qualifizierung

Informationen bereitstellen -
(Außen-)Wirtschafts-, Technologie-Daten

Beratung anbieten -
Betriebs-, Finanzierungs-, Förderungs-Beratung

Kontakte knüpfen -
Begegnungs-Räume, Veranstaltungen, Projekte

Innovationen ermöglichen -
Bildungs-, Forschungs-Einrichtungen, Transfer

Netzwerke fördern -
mehreseitige Institutionen-, Projekt-Kooperationen

Interkommunale Zusammenarbeit

Regionales Einzelhandels-Konzept: Arbeitsschritte

Politische Willenserklärung der Beteiligten:
Urbane Qualität erhalten, Versorgung sichern

Gemeinsamer Gutachten-Auftrag:
Regionales Einzelhandels-Konzept

Eigen-Analyse d. beteiligten Kommunen: Individuelles
Standort-Profil u. gemeinsame Potenzial-Räume

Gemeinsamer Beschluss: Einheitliche
Sortiments-Listen nach Zentren-Relevanz

Gemeinsamer Beschluss: Regionales
Standort-Konzept mit Standort-Abgrenzungen

Gemeinsamer Beschluss über
das Abstimmungs- und Moderations-Verfahren

Interkommunale Zusammenarbeit



Interkommunale Zusammenarbeit

Politik-Strategie: Grundsatz-Beschluss der Räte

Beispiel: Beschlüsse von Rendsburg und Umlandgemeinden
Büdelsdorf, Fockbeck, Osterrönfeld, Schacht-Audorf, Westerrönfeld

1. Die beteiligten Gemeinden werden angesichts der Notwendigkeiten der Gebiets-Entwicklung durch Ausweisung von Wohn-, Gewerbe- und Industrie-Gebieten Vorschläge und Entscheidungen für eine gemeinsame Entwicklung des Wirtschaftsraumes erarbeiten.
Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden im Wirtschaftsraum soll intensivierte werden. Die Aufgaben-orientierte Zusammenarbeit ist bei Verwirklichung des jeweiligen Aufgaben-Feldes für weitere Gemeinden zugänglich.
2. Um Synergie-Effekte zu nutzen und zusätzliche Kosten für die Bürger zu vermeiden, werden folgende Aufgaben-Felder bearbeitet:
 - Abstimmung und Schwerpunkt-Bildung insbesondere bei der Ausweisung und gemeinsamen Entwicklung von Gewerbe-Gebieten,
 - Bündelung von Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit,
 - Abstimmung der Infrastruktur im Straßen- und Wege-Bau,
 - Koordinierte Entwicklung von Dienstleistungs-Zentren,
 - Zusammenarbeit von kommunalen Betrieben,
 - Bündelung kultureller Aktivitäten,
 - Gemeinsames Vorgehen von Stadt und Gemeinden zur Verbesserung der inneren Sicherheit und Ordnung,
 - Entwicklung und Vermarktung von Tourismus-Angeboten,
 - Erstellung eines gemeinsamen Leitbildes, eines gemeinsamen Logos und gemeinsamer Marketing-Maßnahmen.
3. Die Gegenstände der Zusammenarbeit sind Themen regelmäßiger Bürgermeister-Gespräche unter Beteiligung von Vertretern der Räte und des Wirtschafts-Lebens.
4. Den Räten ist regelmäßig über die Entwicklung in den einzelnen Bereichen der interkommunalen Zusammenarbeit zu berichten.

Interkommunale Zusammenarbeit

| | Verwaltung | Infrastruktur | Entwicklung |
|--|------------|---------------|-------------|
| <i>Welche Kooperationen mit anderen Kommunen gibt es ?</i> | | | |
| <i>Wie sind die Kooperationen organisiert ? Welche Gremien existieren ?</i> | | | |
| <i>Welche Erfahrungen gibt es zu Kosten, Entscheidungsprozessen, Markt-Effekten ?</i> | | | |
| <i>Welche Fehler sind bei den Kooperationen gemacht worden ?</i> | | | |
| <i>Wo liegen künftige Chancen für Kosten-Senkung, Leistungs-Sicherung, Markt-Effizienz ?</i> | | | |
| <i>Welche Partner kommen für weitere Kooperationen infrage ?</i> | | | |
| <i>Welche Förder-Möglichkeiten durch Land, Bund, EU gibt es ?</i> | | | |

Interkommunale Zusammenarbeit

| Kooperations-Klima: Prüf-/ Anhörungs-Fragen | |
|--|--|
| | <i>Auf welcher Ebene sind Institutionen und Verbände in unserer Region organisiert ?</i> |
| | <i>Welche Kooperationen gibt es im außerparlamentarischen Raum unserer Region ?</i> |
| | <i>V.a. in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, von Vereinen, Verbänden ?</i> |
| | <i>Sind solche Kooperationen in unserer Region institutionalisiert ?</i> |
| | <i>Welche positiven und welche negativen Erfahrungen haben die Beteiligten mit der Kooperation gemacht ?</i> |
| | <i>Welche Kooperationen gibt es in unserer Partei, in ihren Vereinigungen ?</i> |
| | <i>Welche Kooperationen können wir in unserer Partei, in ihren Vereinigungen organisieren ?</i> |
| | <i>Wie können wir Kooperationen im politischen Wettbewerb nutzen ?</i> |
| |? |